

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schenker (LINKE)

vom 09. August 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. August 2022)

zum Thema:

**Beschleunigung des Radwegeausbaus durch die Projekteinheit Radverkehr
(Drs. 19/11 860) - Nachfrage**

und **Antwort** vom 23. August 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. August 2022)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Niklas Schenker (Die Linke)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/12868
vom 09. August 2022
über Beschleunigung des Radwegeausbaus durch die Projekteinheit Radverkehr
(Drs. 19/11 860) - Nachfrage

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Konnten mit den bisher fehlenden Bezirken Lichtenberg, Spandau und Pankow Rahmenvereinbarungen abgeschlossen werden?

Frage 2:

Wenn nein, was sind die Gründe hierfür?

Antwort zu 1 und 2:

Seitens des Bezirks Spandau gab es in Richtung des Senats keine Signale, dass an der angebotenen Kooperation ein Interesse besteht. Mit den Bezirken Lichtenberg und Pankow findet eine Verständigung über mögliche Vorhaben statt. Im weiteren Verlauf folgt bei entsprechender Einigung der Abschluss der Rahmenvereinbarung.

Frage 3:

Welche Schritte möchte der Senat unternehmen, wenn mit Bezirken keine Rahmenvereinbarung abgeschlossen werden kann? Ist § 20 Abs. 11 Mobilitätsgesetz anwendbar, weil dringende Gesamtinteressen Berlin beeinträchtigt werden? Beabsichtigt Senatsverwaltung für Mobilität, bei Beeinträchtigung dringender Gesamtinteressen Berlins durch Handeln oder Unterlassen der Bezirke i.S.v. § 20 Abs. 11 Mobilitätsgesetz unter Beachtung der Vorgaben von § 13a Absatz 1 Satz 1 des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes die Gesamtinteressen Berlins mit Hilfe ihrer Informations-, Weisungs- oder Eintrittsrechte gegenüber den jeweiligen Bezirken durchzusetzen? Welche Rolle nimmt hierbei die Bezirksaufsicht bei der Senatsinnenverwaltung ein?

Antwort zu 3:

Der Senat sieht gegenwärtig keinen Anlass dafür, den Ansatz einer freiwilligen Zusammenarbeit zu ändern, da sich ein Großteil der Bezirke der Kooperation angeschlossen hat.

Frage 4:

Sind weitere Radwege-Projekte in den Bezirken im Rahmen der Projekteinheit vereinbart worden?

Antwort zu 4:

Der Senat hat eine Liste mit möglichen Vorhaben erarbeitet, die an die Bezirke verteilt und zu der um Rückmeldung gebeten wurde. Auf dieser Basis sollen die Strecken gemeinsam festgelegt werden.

Frage 5:

Was tut der Senat, um einer eventuellen Knappheit von Baumaterial für Radverkehrsanlagen entgegenzuwirken?

Frage 8:

Welche Schritte unternimmt der Senat, um die Umsetzung der Radwege-Projekte trotz sich ggf. verschlechternder Rahmenbedingungen (Materialknappheit und -preiserhöhungen) zu beschleunigen?

Antwort zu 5 und 8:

Der Senat setzt die Radwege-Projekte im Rahmen der vorhandenen personellen und finanziellen Mittel gemäß des Haushaltsgesetzes um und nutzt Bundesmittel zur Erhöhung der finanziellen Möglichkeiten. Die Erfahrungen aus bisherigen Projekten werden für eine ständige Optimierung der Abläufe genutzt.

Frage 6:

In welcher Höhe geht der Senat von Mehrkosten durch die Preiserhöhungen bei Baumaterial aus?

Antwort zu 6:

Die Entwicklung von Kosten für Baumaterial infolge von steigenden Rohstoff- und Energiepreisen wird derzeit als sehr dynamisch angesehen. Insbesondere bei Grünbeschichtungsmaßnahmen wurden durch die GB infraVelo GmbH Kostensteigerungen in Höhe von 10 % registriert. Die Kostenentwicklung je Baumaterial ist unter anderem abhängig vom jeweiligen Herstellungsprozess und kann nicht pauschal beantwortet werden. Eine Bezugsgröße kann man dem Baupreisindiz des Statischen Bundesamtes entnehmen. Hiernach sind die Kosten für den Straßenbau im Vergleich zum Vorjahr um 17,4 % (Stand II. Quartal 2022) gestiegen. Eine Einschätzung der weiteren Entwicklung ist aufgrund der derzeitigen Dynamik nicht möglich.

Frage 7:

Welche Baumaterialien für den Ausbau der Radinfrastruktur sind von den Preiserhöhungen besonders betroffen?

Antwort zu 7:

Auch bedingt durch die derzeitige Entwicklung der Energiepreise sind alle Materialien betroffen.

Frage 9:

An welchen Unfallschwerpunkten wurden von 2016 bis 2021 Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit des Fuß- und Radverkehrs durchgeführt?

Antwort zu 9:

Eine Gesamtübersicht über alle getroffenen Maßnahmen an Unfallhäufungsstellen seit 2016 liegt dem Senat nicht vor, da diese erst seit 2018 statistisch erfasst werden (teilweise können auch die Bezirksämter als Straßenbaulasträger in eigener Zuständigkeit tätig werden). Durch den Senat wurden im Rahmen der Unfallkommission seit 2018 an folgenden Örtlichkeiten Maßnahmen im Sinne der Fragestellung durchgeführt:

Britzer Damm – Buckower Damm / Mohriner Allee
Prenzlauer Promenade – Prenzlauer Allee / Ostseestraße – Wisbyer Straße
Umbau Dreiecksinsel Torstraße / Schönhauser Allee
Alexanderstraße / Grunerstraße – Alexanderstraße
Yorckstraße / Katzbachstraße
Kolonnenstraße vor Hauptstraße
Hermann-Dorner-Allee / Eisenhutweg
Hermann-Dorner-Allee / Eisenhutweg
Hauptstraße / Helmstraße
Kottbusser Tor

Adalbertstraße
Holzhauser Straße / BAB 111
Wildenbruchstraße / Weigandufer
Müllerstraße / Burgsdorfstraße
Bundesallee / Hohenzollerndamm – Nachodstraße
Brunsbütteler Damm / Nauener Straße
Chausseestraße / Boyenstraße
Alexanderstr. - Karl-Marx-Allee / Alexanderstr. - Otto-Braun-Str.
Oranienplatz (Ost und West)
Sonnenallee / Hertzbergstr. – Treptower
Eichborndamm / Am Nordgraben
Invalidenstraße zwischen Gartenstraße und Brunnenstraße
Bulgarische Straße
Caprivibrücke
Spandauer Damm (Kastanienallee)
Gotthardstraße
Reuterstraße / Lenaustraße
Brunsbütteler Damm / Klosterstraße
Argentinische Al. / Onkel-Tom-Str.
Fürstenwalder Al. (Fahlenbergstr.).
Oberspreestr. (Bärenlauchstraße)
Reichpietschufer / Potsdamer Straße
Bornholmer Str. - Osloer Str. / Grüntaler Str.
Theodor-Heuß-Platz / Kaiserdamm
Skalitzer Straße / Oberbaumstraße
Mehringdamm / Tempelhofer Ufer – Hallesches Ufer,
Oderstraße
Großbeerenstraße / Friedensstr./
KMA / Straße der Pariser Kommune /
Frankfurter Al. Nordseite
Fennstraße / Schönwalder Straße
Warschauer Straße / Grünberger Straße,
Warschauer Straße / Kopernikusstraße

Berlin, den 23.08.2022

In Vertretung
Dr. Meike Niedbal
Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz